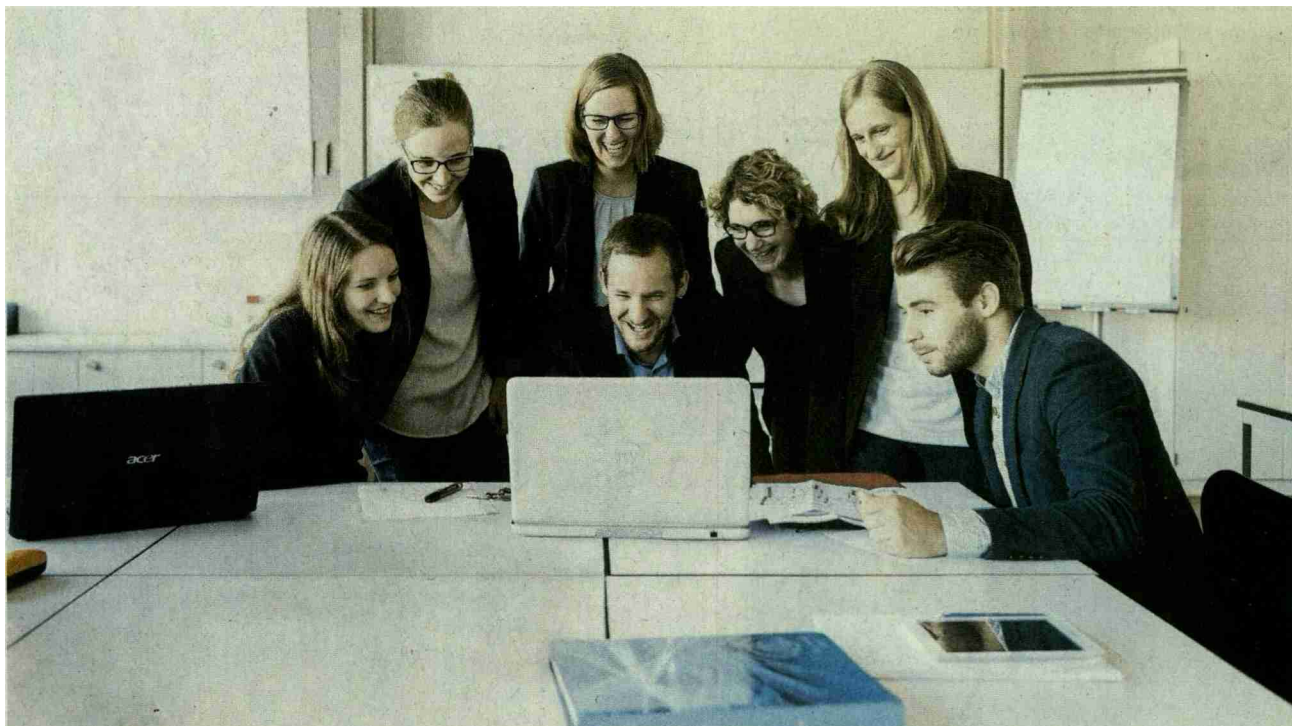




Stadtpräsident Lanz weibelt für den Bildungsstandort

THUN • Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) wehrt sich für Bildungsinstitutionen von überregionaler Bedeutung, welche die Kantonsregierung auf ihre Sparliste gesetzt hat. Es geht um die Hotelfachschule Thun und die Gartenbauschule Hünibach.



Die Absolventinnen und Absolventen der Hotelfachschule Thun sind gefragte Nachwuchsfachkräfte in der Tourismusbranche.

zvg

Die Regierung des Kantons Bern will bei der Hotelfachschule Thun 2020 zuerst eine halbe und ab 2021 eine Million Franken pro Jahr einsparen. Diese Massnahme, im sogenannten Entlastungspaket 2018 enthalten, wäre einschneidend für die Bildungsstätte, die über ein Schulbudget von rund 4,5 Millionen verfügt. «Eine Reduktion von über 20 Prozent des Schulbudgets kann nicht so einfach aufgefangen werden», schreiben die Gegner in ihrer Eingabe. Der Thuner Gemeinderat und der Stiftungsrat der Hotelfachschule kämpfen gemeinsam gegen den Sparantrag der Kantonsregierung. Mit einer dringlichen Finanzmotion wollen sie die Massnahme in der Grossratsdebatte vom November abwenden.

Volkswirtschaftlich sowie regional-

und bildungspolitisch sei die Kürzung falsch, denn die Schule sei für den Kanton Bern als Tourismuskanton, für das Berner Oberland und für die Stadt Thun als Standortgemeinde von grosser Bedeutung. Durch den sich abzeichnenden Fachkräftemangel in der Branche werde ihr Stellenwert noch erhöht, so das Komitee.

Schule mit Tradition und Verankerung

Die seit 30 Jahren bestehende Hotelfachschule Thun ist eine höhere Fachschule mit rund 250 Studierenden. Die Ausbildung ist gekoppelt an Praktika und kann auch berufsbegleitend absolviert werden. Die Trägerschaft – eine Stiftung – besteht aus dem Kanton Bern, der Stadt Thun und dem Verband Hotellerieuisse. Die Thuner Politiker halten fest: «Die

Hotelfachschule braucht ein starkes Bekenntnis des Standortkantons zum Tourismus. Der Kanton Bern hat als Stifter eine besondere Verantwortung gegenüber der Hotelfachschule Thun.»

Der Thuner Gemeinderat, der Stiftungsrat und das Unterstützungskomitee fordern, dass der bisherige Zusatzbeitrag von einer Million Franken

erhalten bleibt. Dem Komitee gehören rund 140 Persönlichkeiten aus der Berner Wirtschaft und zahlreiche Verbände und Organisationen an.

Auf städtischer Ebene haben 30 von 32 anwesenden Stadtratsmitgliedern das dringliche Postulat «Politische Unterstützung für die Hotelfachschule Thun» eingereicht. Der Gemeinderat beantragt Annahme, womit der Thu-



ner Parlamentsbeschluss im September reine Formsache sein dürfte. Um den Druck auf den Kanton zu verstärken, reicht eine fraktionsübergreifende Gruppe von Grossratsmitgliedern unter der Leitung von Oberländer Ratspräsident Marc Jost im Kantonsparlament eine dringliche Finanzmotion zur Schule ein. Das Unterstützungskomitee ist mächtig zusammengesetzt. Auf der Liste stehen Hotelleriesuisse, der Entwicklungsraum Thun (ERT) mit 40 Mitgliedsgemeinden, Thun-Thunersee-Tourismus, die Tourismusorganisation Interlaken, Bern Tourismus und Bern Welcome, Thuner KMU, die Innenstadt-Genossenschaft Thun (IGT), der Verband Wirtschaft Thun Oberland,

Gastro Bern sowie zahlreiche regionale Hoteliervereine.

Gartenbauschule Hünibach gefährdet

Auch die Gartenbauschule Hünibach steht auf der Sparliste der bernischen Regierung. Ab 2021 will sie den Kantonsbeitrag ganz streichen. Damit würde die Bioschule die Hälfte ihrer Einkünfte verlieren, der Betrieb der überregionalen Bildungsinstitution müsste eingestellt werden. Auch hier hat sich zwar breite Opposition formiert; der Bioschule fehlt jedoch die mächtige Wirtschaftslobby im Rücken wie bei Hotellerie und Tourismus. **Stadtpräsident Raphael Lanz** und weitere Persönlichkeiten bekennen sich jedoch klar zur

Schule und bekämpfen den Sparantrag. **Lanz** schreibt: «Die Gartenbauschule bietet Ausbildungsplätze, integriert junge Menschen in die Arbeitswelt und setzt auf den immer wichtiger werdenden biologischen Anbau. Eine Schliessung ginge aus meiner Sicht gerade in die falsche Richtung und würde andersorts Mehrkosten auslösen.»

Der relativ geringfügige Sparbeitrag hat erhebliches Schadenspotenzial. Gegen 14 000 Personen haben eine Petition für den Erhalt der Bio-Gartenbauschule unterzeichnet. Es darf angenommen werden, dass der Grosse Rat im November auch diesen Sparantrag von der Liste kippt.

dv/pd